

Verrechnungspreise in der Betriebsprüfung

Neuling / Wilmanns / Busch / Scheibe

2020

ISBN 978-3-406-74536-2

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründete auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Verrechnungspreise in der Betriebsprüfung
Vorbereitung – Verhandlung – Konfliktlösung

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verrechnungspreise in der Betriebsprüfung

Vorbereitung – Verhandlung – Konfliktlösung

Herausgegeben von:

Dr. C.-Alexander Neuling
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht,
Steuerberater (Berlin)

Jobst Wilmanns
Steuerberater (Frankfurt/Main)

Dr. Oliver Busch
Steuerberater (Frankfurt/Main)

Henning Scheibe
Rechtsanwalt, Steuerberater
(Düsseldorf)

Bearbeitet von:

Dr. Jolita Adamonis (Frankfurt/Main), Karin Andorfer, StBin (Wien), Martin Bonner (Wien), Dr. Oliver Busch, StB (Frankfurt/Main), Roman Chlebak (München), Márk Dombi (Berlin), Kayla Eberli (Zürich), Dr. Tim Eggebrecht (New York), Dr. Norbert Endres, RA/StB (München), Daniel Gloser (Wien), Dr. Stefan Griemla, StB (Frankfurt/Main), Dr. Björn Heidecke (Hamburg), Florian Henninger, StB (Wien), Sandra Höfer-Grosjean, RAin/StBin (Düsseldorf), Stefan Holzer, RA/StB (Wien), Dr. Raphael Holzinger, StB (Wien), Ronny John, StB (Leipzig), Markus Kircher, RA (Frankfurt/Main), Michala Kopecká, Syndikus RAin (Nürnberg), Claudia Lauten, StBin (Düsseldorf), Oliver Liche, StB/CPA (Berlin), Dr. Alexander Linn, StB (München), Jannis Lülf (Frankfurt/Main), Conrad Marburg, RA (Berlin), Bettina Mertgen, RAin/FAInStR/StBin/FBinZölleVerbSt (Frankfurt/Main), Dr. C.-Alexander Neuling, RA/FAStR/StB (Berlin), Roland Pfeiffer, RA/FAStR (Düsseldorf), Dr. Dinh V.T. Phan, RA (Düsseldorf), Tobias Fabian Prommer, RA (Düsseldorf), Volker Radermacher, StB (Düsseldorf), Günther Rebisant, RA (Wien), Carolin Reichel, StBin (Frankfurt/Main), Silas Röckle, StB (Stuttgart), Robert Rzeszut, StB (Wien), Henning Scheibe, RA/StB (Düsseldorf), Joshua Stadler (Frankfurt/Main), Lena Steinhoff (Hamburg), Prof. Dr. Raoul Stocker (Zürich), Claudia Synek (Wien), Andreas Theuerer, StB (Wien), Inka Traeger, Syndikus RAin (Darmstadt), Patrick Tränka, StB (München), Paula Vogler (Hamburg), Tim Weyer (Düsseldorf), Jobst Wilmanns, StB (Frankfurt/Main), Dr. Christine Wolter, WPin/StBin (Frankfurt/Main), Merten Zenker, StB (Hongkong)

2020



Zitierweise: Autor in Neuling/Wilmanns/Busch/Scheibe
Verrechnungspreise in der BP Teil Rn.



www.beck.de

ISBN 978 3 406 74536 2

© 2020 Verlag C. H. BECK oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

*Lasst uns nie aus Angst verhandeln, aber lasst uns auch nie Angst vor Verhandlungen haben.
(John F. Kennedy)*

Betriebsprüfung ist Verhandlungssache

Die Beteiligten einer Betriebsprüfung eint das Interesse, diese möglichst effizient zu einem Ende zu bringen.

Während diese Aussage für das geprüfte Unternehmen eine Selbstverständlichkeit darstellt, mag diese Aussage in Bezug auf die Finanzverwaltung zunächst überraschen. Aber gerade für die Finanzverwaltung gilt es, ihre knappen Ressourcen effizient einzusetzen und zu vermeiden, ein Unternehmen über Jahre zu prüfen, während andere Steuerpflichtige mangels Kapazität ungeprüft bleiben.

Diese gemeinsame Interessenlage erlaubt es vor dem Hintergrund der Verhandlungslehre, eine Situation zu schaffen, in der beide Seiten gewinnen und insgesamt in der Betriebsprüfung zu einem guten Ergebnis kommen können. Gut ist das Ergebnis, wenn es besser ist als die Alternativlösungen des geprüften Unternehmens und der Finanzverwaltung. Dies sind beispielsweise nationale Einspruchs- und Klageverfahren oder internationale Verständigungsverfahren, die allesamt häufig langwierig sind.

Vor diesem Hintergrund widmet sich das vorliegende Handbuch einem in der Praxis zentralen Konflikt in aktuellen Betriebsprüfungen bei multinationalen Unternehmen: den *Verrechnungspreisen*.

Globalisierung und Digitalisierung führen zu einer immer komplexeren internationalen Präsenz und Vernetzung multinationaler Unternehmen. Die OECD und die internationale Staatengemeinschaft haben darauf u.a. mit dem BEPS-Aktionsprogramm reagiert. Die in diesem Zusammenhang versprochene Verbesserung der internationalen Streitbeilegung steckt immer noch in ihren Kinderschuhen; auch ist es für die Unternehmen in vielen Fällen weiterhin nicht möglich, ein angemessenes Niveau an Planungssicherheit zu erlangen. Vielmehr entbrennt nach unserer Wahrnehmung und Erfahrung in der Praxis immer häufiger Streit über die grundlegende Akzeptanz von Verrechnungspreissystemen sowie die Angemessenheit von Verrechnungspreisen. Dies gilt unserer Einschätzung nach vor allem für die Betriebsprüfung.

Hierbei steht häufig das *Verfahrensrecht* (z.B. die Mitwirkungspflicht) im Mittelpunkt des Konflikts.

Hinzu kommt aktuell COVID-19. Diese gegenwärtige Pandemie zwingt viele multinationale Unternehmen zu tiefgreifenden Maßnahmen hinsichtlich ihrer Lieferketten und Geschäftsmodelle. Die Branchen entwickeln sich unterschiedlich: Dramatischer wirtschaftlicher Abschwung ist ebenso zu beobachten wie enorme Nachfrage. Die Fragen, was marktüblich ist und ob bisherige Verrechnungspreismodelle noch als fremdüblich angesehen werden können, müssen neu beantwortet werden. Diese Wirtschaftskrise wird in der Zukunft gemeistert werden. Es wird wirtschaftliche Erholung eintreten. Wir gehen aber auch davon aus, dass die Finanzverwaltung die Maßnahmen, welche die Unternehmen jetzt krisenbedingt ergreifen, in zukünftigen Betriebsprüfungen besonders aufmerksam prüfen wird: Transaktionen und Vertragsbedingungen (höhere Gewalt, Kündigung u. v. m.) werden auf ihre Fremdüblichkeit hin untersucht werden, Standort- und Personalentscheidungen werden hinsichtlich ihrer steuerlichen Konsequenzen hinterfragt werden. „Alter Wein in neuen Schläuchen“: Die fehlende Dokumentation von Geschäftsentscheidungen in der gegenwärtigen Ausnahmesituation wird Unternehmen in Betriebsprüfungen in Erklärungsnot bringen. Denn es ist nach unserer Einschätzung davon auszugehen, dass die zukünftige

Vorwort

wirtschaftliche Erholung dazu führen wird, dass die Erinnerung an die momentane Krise verblassen wird. Der Bedarf an Steuereinnahmen wird Betriebsprüfungen dann aller Voraus-
sicht nach seitens der Finanzverwaltung wieder bestimmen.

Das vorliegende Handbuch trägt diesen Entwicklungen Rechnung:

Es rückt die *Betriebsprüfung* in Verrechnungspreisfällen einschließlich ihrer Sonderformen (insbesondere sog. joint audits, ICAP) in den Mittelpunkt der Darstellung und begreift die Betriebsprüfung als *Konflikt*, den es mittels Verhandlung zu lösen gilt. Das Handbuch behandelt die *Vorbereitung* (durch das geprüfte Unternehmen und die Finanzverwaltung), *Durchführung* (Verhaltensempfehlungen, Auseinandersetzung über den Sachverhalt, Kooperation vs. Eskalation, Informationsaustausch, Schnittstellen zum Steuerstrafrecht) und den *Abschluss* der steuerlichen Außenprüfung (Schlussbesprechung, tatsächliche Verständigung, verbindliche Zusage, Prüfungsbericht, Änderungsbescheide nach Betriebsprüfung).

Allerdings beginnt die Betriebsprüfung für das geprüfte Unternehmen nicht erst mit der wirksamen Bekanntgabe der Prüfungsanordnung. Vielmehr kann das geprüfte Unternehmen auf den Konflikt Betriebsprüfung zeitlich bereits viel früher – präventiv – einwirken. Dies gilt insbesondere für die Erstellung seiner richtigen, vollständigen und rechtzeitigen Steuererklärungen und die Zuverlässigkeit der ihr zugrunde liegenden steuerlichen Prozesse.

Ebenso wenig endet die Betriebsprüfung stets mit der wirksamen Bekanntgabe ihrer Änderungsbescheide. In denjenigen Fällen, in denen der Konflikt in der Betriebsprüfung nicht gelöst werden konnte, schließt sich die Phase der Rechtsverfolgung für das geprüfte Unternehmen an. Dazu zählen das nationale Einspruchs- und Klageverfahren, das internationale Verständigungsverfahren sowie die schlichte Gegenberichtigung.

Daher behandelt das vorliegende Handbuch ganzheitlich den *gesamten Life Cycle der Verrechnungspreise*: von der *Prävention* (insbesondere Tax Compliance Systeme, APAs und weiteren Möglichkeiten der Konfliktprävention, Deklaration einschließlich CbC-Reporting, Hilfs- und Nebenrechnung sowie Verrechnungspreisdokumentation), zur *Betriebsprüfung* selbst (Verhandlungspartner, Prüfungsanlässe und Prüfungsschwerpunkte, Rechtsgrundlagen, Verhandlungsvorbereitung, Eskalationsmöglichkeiten, Schnittstellen zum Steuerstrafrecht, Konflikt vs. Kooperation, Prüfungsbericht, Änderungsbescheide) bis hin zur *Durchsetzung des nationalen Rechtsschutzes* (Einspruch, Klage einschließlich vorläufiger Rechtsschutz), *internationalen Konfliktlösungsmechanismen* (korrespondierende Gegenberichtigung, Verständigungsverfahren, EU-Schiedsverfahren) und *Sonderformen der Betriebsprüfung*. Insbesondere um die „Weichen“ für zukünftige Betriebsprüfungen nach COVID-19 jetzt richtig zu „stellen“, legen wir den Unternehmen die Life Cycle Abschnitte Konfliktprävention und Deklaration ans Herz.

Denn trotz bester Vorbereitung lassen sich Konflikte in der Betriebsprüfung nicht vermeiden. Dies mag in der Natur der Verrechnungspreise liegen, die „keine exakte Wissenschaft“ sind, weshalb es häufig einen Argumentationsspielraum gibt. Daher soll dieses Handbuch dem Praktiker in Unternehmen und Beratung auch eine hilfreiche Anleitung geben, wie das geprüfte Unternehmen seine Rechte verfolgen und durchsetzen und vor allem Doppelbesteuerung erfolgreich vermeiden bzw. auflösen kann.

Schließlich beleuchtet das Handbuch multidisziplinär praktisch wichtige Schnittstellenthemen (z.B. Quellensteuern, Zoll).

Fundierte Länderberichte aus österreichischer und schweizerischer Perspektive sollen dem Praktiker in Unternehmen und Beratung auch grenzüberschreitende Hilfestellung bei internationalen Verrechnungspreisstreitigkeiten geben.

Das vorliegende Handbuch wählt für den dargestellten Inhalt einen neuen Ansatz:

Es konzentriert sich auf die *verfahrensrechtlichen* Vorschriften, die vor, in und nach Betriebsprüfungen die Spielregeln und das Kräfteverhältnis in der Auseinandersetzung der Unternehmen mit den Finanzbehörden definieren.

Gleichzeitig stellt das vorliegende Handbuch – soweit ersichtlich: erstmals – dar, wie die Erkenntnisse aus der US-amerikanischen *Verhandlungsforschung* auch für den Konflikt der

Vorwort

Unternehmen mit den Finanzbehörden vor, während und nach der Betriebsprüfung praktisch nutzbar gemacht werden können.

Als Handbuch für Praktiker in Unternehmen und Beratung enthält jeder thematisch abgeschlossene Abschnitt zu Beginn einen zusammenfassenden Überblick und im weiteren Verlauf der Darstellungen aktuelle Beispiele aus der Praxis.

Es soll so ein hilfreicher Begleiter für Praktiker in Unternehmen und Beratung sein, um über Verrechnungspreise vor, während und nach der Betriebsprüfung erfolgreich zu verhandeln und – falls nötig – erfolgreich zu streiten.

Ein derart umfangreiches Vorhaben ist nicht ohne die Hilfe vieler Kolleginnen und Kollegen zu bewältigen. Wir danken allen Autorinnen und Autoren, die sich neben der anspruchsvollen beruflichen Tätigkeit der Herausforderung angenommen haben, einen Beitrag zu diesem Handbuch zu leisten. Unseren Kolleginnen und Kollegen Stefanie Cernic, Mathilda Hilbeck, Heiko Ramcke sowie Herrn Ministerialrat a.D. Manfred Naumann danken wir für Ihre redaktionelle Unterstützung, fachliche Mitarbeit sowie Kritik. In diesen Dank möchten wir ausdrücklich auch Herrn Dr. Aichberger und Herrn Hunold sowie Frau Hein vom C. H. Beck Verlag einbeziehen, die den gesamten Erstellungs- und Umsetzungsprozess mit vielen wertvollen Ratschlägen sowie einer sehr entgegenkommenden Geduld begleitet haben. Schließlich gebührt unser Dank den Familienangehörigen der Herausgeber und Autorinnen sowie Autoren für Ihre Nachsicht.

Wir hoffen, dass dieses Praktikerhandbuch den Leser im steuerlichen Alltag nicht nur als Nachschlagewerk unterstützt, sondern auch – im Sinne des einleitenden Zitats – zum Nachdenken anregt und somit zu besseren Ergebnissen in der Betriebsprüfung und den ggf. notwendigen Folgeprozessen führt.

Berlin/Düsseldorf/Frankfurt am Main, im August 2020

Die Herausgeber

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Gesamtliteraturverzeichnis	XXXIII
Urteilsregister	XLIII
1. Teil: Verhinderung des Konflikts vor der Betriebsprüfung	1
2. Teil: Anbahnung des Konflikts vor der Betriebsprüfung	79
3. Teil: Austragung des Konflikts in der Betriebsprüfung	115
4. Teil: Nicht-Einigung: Fortsetzung des Konflikts nach der Betriebsprüfung	271
5. Teil: Schnittstellen	349
6. Teil: Österreich	401
7. Teil: Schweiz	497
Stichwortregister	523

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Gesamtliteraturverzeichnis	XXXIII
Urteilsregister	XLIII
1. Teil: Verhinderung des Konflikts vor der Betriebsprüfung	1
A. Interne Kontrollsysteme („IKS“)	3
I. Einführung	4
1. Rollen eines internen Kontrollsystems für Steuern	4
2. Ausgestaltung eines Tax CMS	5
3. Tax CMS im internationalen Kontext	6
II. Implementierung eines Tax CMS im Unternehmen	7
1. Reifegrad eines Tax CMS	7
2. Umfang eines Tax CMS	8
III. Praxiserfahrung zur Implementierung eines Tax CMS	10
1. Die sieben Elemente eines Tax CMS	10
2. Dokumentation und Zertifizierung	14
3. Dreistufiger Projektansatz	14
a) Aufnahme und Dokumentation bestehender Prozesse	14
b) Erstellung einer Risiko-Kontroll-Matrix	15
c) Erstellung der Tax CMS-Dokumentation	16
B. Advance Pricing Agreements	16
I. Einleitung	17
II. Rahmenbedingungen und Vorüberlegungen	17
1. Einleitung	17
2. Kooperationsmaxime und umfassende Mitwirkung	19
3. Automatischer Informationsaustausch in der EU	19
4. Informationsaustausch mit Drittstaaten	20
5. Durch APA ausgelöste Betriebsprüfung	20
6. Joint Audits und APAs	20
7. Auswirkungen von bilateralen APAs in „Drittstaaten“	20
III. Prefiling	21
1. Vorbereitung	21
2. Erste Einschätzung des BZSt	22
IV. Antragsverfahren	22
1. Zuständigkeit	22
2. Antragsberechtigung	23
3. Formerfordernis	23
4. Gebühren	24
5. Beginn und Laufzeit	24
6. Einbeziehung abgelaufener Wirtschaftsjahre	25
7. Nachforderungszinsen	25
8. Inhalt des Antrages	26
9. Gültigkeitsbedingungen	26
10. Mitwirkungsverpflichtung des Antragstellers	27
11. Entscheidung über den Antrag	27
12. Rechtsschutz bei Ablehnung des APA-Antrags	28

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Vorabverständigungsverfahren	28
1. Auswertung des Antrags, Rückfragen und Erstellung des Positionspapiers	28
2. Keine Verfahrensbeteiligung des Antragstellers	28
3. Verhandlung	29
4. Abschluss der Vorabverständigung und Einspruchsverzicht	29
VI. Umsetzung der Vorabverständigungsvereinbarung	30
1. Einleitung	30
2. Compliance-Report: Berichts- und Nachweispflichten	30
a) Zuständigkeit	30
b) Formerfordernis	30
c) Frist	30
d) Inhalt	31
e) Dokumentationspflichten nach § 90 Abs. 3 AO	31
f) Verifikation des Compliance Reports durch Außenprüfung	31
3. Nichtverwirklichung bzw. Nichterfüllung des APA	31
a) Fallgruppen	31
b) Vorgehensweise bei Nichteinhaltung der APA-Bedingungen	32
VII. Antrag auf Verlängerung des APA auf Folgejahre	32
VIII. APA – Länderpraxis	33
IX. Ausblick	34
C. Verbindliche Auskunft	35
I. Einleitung und Bedeutung in der Verrechnungspreispraxis	35
II. Abgrenzung	36
III. Voraussetzungen	37
1. Noch nicht realisierter Sachverhalt	37
2. Besonderes Interesse aufgrund erheblicher steuerlicher Auswirkungen	37
3. Formulierung einer konkreten Rechtsfrage	38
IV. Zuständigkeit	38
V. Bindungswirkung	38
VI. Rechtsschutz	39
VII. Gebührenpflicht	39
VIII. Praxishinweis: Unverbindliche Auskunft	39
D. Umsetzung und Deklaration	40
I. Überblick	40
II. Steuererklärung: Die sog. Filing Position	41
1. Deklarationsaspekte	41
2. Berichtigung nach § 153 AO	42
a) Bedeutung in der Praxis	43
b) Voraussetzungen	43
c) Wirkungen/Rechtsfolgen	45
d) Fazit	47
III. Die Hilfs- und Nebenrechnung (§ 3 BsGaV)	47
1. Überblick: Die steuerliche Ergebnisberechnung der Betriebsstätte	47
2. Die BsGaV als Konkretisierung des AOA	47
3. Erstellung der Hilfs- und Nebenrechnung gem. § 3 BsGaV	48
IV. Country-by-Country Reporting	50
1. Ziele	50
2. Rechtliche Grundlagen	51
3. Pflichten	52
a) Anzeigepflicht in der Steuererklärung	52
b) Primäre und sekundäre Berichtspflicht	53
4. Abgabefrist, Übermittlung und Sanktionen	53
a) Abgabefrist	53
b) Übermittlung und Weitergabe des länderbezogenen Berichts	53
c) Sanktionen	54
5. Aufbau und Inhalt des Country-by-Country Reportings	54
a) Datenquelle und Berichtsjahr	55

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Berichtseinheiten	55
c) Zu übermittelnde Informationen	56
V. Verrechnungspreisdokumentation (§ 90 Abs. 3 AO)	58
1. Überblick: Relevanz der Verrechnungspreisdokumentation in der Betriebsprüfung	58
2. Entstehung der Norm und Unionsrechtskonformität	58
3. Tatbestandsvoraussetzungen der Erstellungspflicht gem. § 90 Abs. 3 AO	59
4. Umfang der Aufzeichnungen und Grenzen der Mitwirkungspflicht nach § 90 Abs. 3 AO	61
a) Grundsätze der Aufzeichnungspflicht	61
b) Art, Inhalt und Umfang der Aufzeichnungen	62
c) Zeitliche Aspekte und außergewöhnliche Geschäftsvorfälle	65
5. Landesspezifische, unternehmensbezogene Dokumentation	67
a) Allgemein erforderliche Aufzeichnungen	67
b) Erforderliche Aufzeichnungen in besonderen Einzelfällen	73
c) Aufzeichnungen zu verwendeten Datenbanken	73
6. Stammdokumentation	74
a) Überblick	74
b) Erforderliche Aufzeichnungen	74
7. Erleichterungen bei Aufzeichnungspflichten	76
8. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen die Aufzeichnungspflichten	77
a) Überblick	77
b) Schätzung der Besteuerungsgrundlage	77
c) Festsetzung von Zuschlägen	78
2. Teil: Anbahnung des Konflikts vor der Betriebsprüfung	79
A. Verhandlungspartner	80
I. Überblick	80
II. Die prüfenden Finanzbehörden	81
1. Zuständigkeiten	81
a) Aufbau und Organisation	81
b) Primäre Zuständigkeit und Auftragsprüfung	82
c) Besonderheiten bei Konzernprüfungen	84
d) Betriebsprüfungsfinanzamt	84
e) Beauftragung anderer Finanzämter	85
f) Mitwirkung des BZSt (Bundesbetriebsprüfstelle) und der OFD	85
g) Beteiligte am Verfahren und Ausdehnung auf ausländische Unternehmenseinheiten	87
h) Rechte und Pflichten der Betriebsprüfer	88
i) Rechte und Pflichten des Steuerpflichtigen	89
III. Das geprüfte Unternehmen	89
1. Einführung	89
2. Aufbewahrung und Zugang zu Informationen	90
a) Überblick	90
b) Aufbewahrungs- und vorlagepflichtige Unterlagen	90
c) Aussetzung der Vollziehung und Verzinsung	91
c) Elektronischer Datenzugriff nach § 147 Abs. 6 AO	92
d) Art der Archivierung	94
e) Ort der Archivierung	96
f) Beweisvorsorge/Verfahrensprinzipien/Verhältnismäßigkeit	97
B. Prüfungsbeginn und Prüfungsschwerpunkte	101
I. Überblick	101
II. Ablauf	101
1. Auswahl der geprüften Unternehmen	101
2. Prüfungsanordnung	102
a) Angaben zum Prüfungsteam	102
b) Angaben zum Prüfungsbeginn	103

Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Angaben zum Prüfungszeitraum/zur Prüfungserweiterung	103
d) Erstreckungsprüfung	104
e) Rechtsschutz	104
3. Vorbereitende Prüfungshandlungen	104
4. Anforderung der Verrechnungspreisdokumentation	105
5. Prüferanfragen und der Gewissheitsgrad der Sachaufklärung	105
a) Untersuchungsgrundsatz und Verantwortungssphären	105
b) Grenzen der Sachverhaltsermittlung	106
c) Rechtsschutz	107
6. Weitere Möglichkeiten der Sachverhaltsermittlung	107
a) Erkenntnisse aus Kontrollmitteilungen	107
b) Amtshilfe in Steuersachen	108
7. Rechtsauffassung der Betriebsprüfung und Zwischenbesprechung	108
8. Schlussbesprechung und Prüfungsbericht	109
9. Auswertung durch die Veranlagungsstelle und Änderungsbescheide	109
10. Sonderfragen	109
a) Antrag auf Durchführung einer zeitnahen Betriebsprüfung	109
b) Antrag auf Durchführung einer koordinierten Außenprüfung	110
11. Typische Prüfungsschwerpunkte	110
a) Unternehmensumstrukturierungen	110
b) Immaterielle Wirtschaftsgüter	111
c) Finanztransaktionen	112
d) Dauerverlustunternehmen	112
f) Konzerninterne Dienstleistungen	113
g) APA-Anträge/Compliance Reports	113
III. Schlussbemerkungen	114
3. Teil: Austragung des Konflikts in der Betriebsprüfung	115
A. Verhandlungslehre als strukturgebendes Prinzip	119
I. Arten der Verhandlungsstrategien	120
II. Verhandlungskonzept auf wissenschaftlicher Basis	120
1. Persönlichen Umgang der Verhandlungspartner von der Sache trennen	121
a) Allgemein	121
b) Anwendung in Betriebsprüfung	121
2. Wahrnehmung des Sachverhalts klären	122
a) Allgemein	122
b) Anwendung in Betriebsprüfung	122
3. Interessen ermitteln statt Positionen austauschen	123
a) Allgemein	123
b) Anwendung in Betriebsprüfung	123
4. Lösungsoptionen aus Interessen ableiten	124
a) Allgemein	124
b) Anwendung in Betriebsprüfung	124
5. Legitimation	125
a) Allgemein	125
b) Anwendung in Betriebsprüfung	125
6. Alternativen zum Verhandlungsergebnis prüfen (BATNA – Best Alternative To a Negotiated Agreement)	126
a) Allgemein	126
b) Anwendung in Betriebsprüfung	126
III. Umsetzung in der Praxis: 5 wesentliche Erfolgsfaktoren	127
1. Vorbereitung	127
2. Verhandlungsstil	128
3. Rollenverteilung	128
a) Verhandler	128
b) Entscheider	129
c) Rollenspiele: „Good Cop, Bad Cop“	129

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Gesprächsstruktur	130
5. Problemsituationen	130
IV. Zusammenfassung	131
B. Verhandlungsvorbereitung	131
I. Überblick	131
II. Vorbereitung der Betriebsprüfer	132
III. Vorbereitung des zu prüfenden Unternehmens	133
C. Verhandlungsführung: 10 Verhaltensempfehlungen für das geprüfte Unternehmen und seinen Berater	135
I. Empfehlung 1: Der Ressourceneinsatz des Unternehmens sollte dem Steuerrisiko der Betriebsprüfung entsprechen	135
II. Empfehlung 2: Jede Prüferanfrage sollte sorgfältig analysiert und im Mehr-Augen-Verfahren beantwortet werden	136
III. Empfehlung 3: „Der Ton macht die Musik“	137
IV. Empfehlung 4: Fristen einhalten	138
V. Empfehlung 5: Mitwirkung dokumentieren	139
VI. Empfehlung 6: Kein „Spiel mit verdeckten Karten“	139
VII. Empfehlung 7: Strafrechtliche Hinweise: neue „Spielregeln“	140
VIII. Empfehlung 8: Zwischenbesprechungen durchführen	141
IX. Empfehlung 9: Ziel und Strategie definieren und im Auge behalten	141
X. Empfehlung 10: Grundsatz: kein Verzicht auf die Schlussbesprechung und Möglichkeit zur Stellungnahme zum Betriebsprüfungsbericht nutzen	142
D. Eskalationsmöglichkeiten	142
I. Überblick	142
II. Mitwirkungspflichten	143
1. Amtsermittlungsgrundsatz	143
a) Gesetzmäßigkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung	144
b) Beweismittel	144
c) Beweisverwertung	146
d) Beweiswürdigung	147
2. Mitwirkungspflichten	148
a) Allgemeine Mitwirkungspflicht	149
b) Erweiterte Mitwirkungspflicht	150
c) Vorlagepflichtige Beweismittel	152
d) Aufzeichnungspflichten	156
3. Beweismaß und Beweislast	157
4. Schätzungsbefugnis	159
a) Verrechnungspreisdokumentation	159
b) Verletzung der erweiterten Mitwirkungspflichten	160
c) Verdeckte Gewinnausschüttung	160
d) Dauerverluste	161
III. Betriebsstättensachverhalte	161
1. Anzeigepflichten	162
a) Anzeigepflicht im Hinblick auf die Begründung von Betriebsstätten	162
b) Anzeigepflicht im Hinblick auf den länderbezogenen Bericht multinationaler Unternehmensgruppen (sog. Country-by-Country Reporting)	162
2. Buchführung, Bilanzierung und Aufzeichnung	163
a) Buchführungspflichten	163
b) Bilanzierungspflicht	165
c) Aufzeichnungspflichten	165
3. Mitwirkungspflichten	165
a) Erhöhte Mitwirkungspflicht nach § 90 Abs. 2 AO	165
b) Mitwirkungspflicht bei Geschäftsbeziehungen zu Personen mit Auslandsbezug	166
c) Hilfs- und Nebenrechnung	168

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Völkerrechtliche Aspekte	169
a) Betriebsstättenbegründung	169
b) Betriebsstättengewinnabgrenzung	173
c) Vermeidung der Doppelbesteuerung	176
IV. Informationsaustausch	179
1. Überblick	179
2. Anlässe in der Praxis	179
3. Rechtsgrundlagen	180
a) Überblick	180
b) Bundesrepublik Deutschland = beanspruchender Staat	184
c) Bundesrepublik Deutschland = gewährender Staat	190
d) In beiden Fällen: DBA	195
4. Rechtsschutz	197
a) Praxisfälle und Überblick	197
b) Rechtsgrundlage	198
c) Zulässigkeit	200
d) Begründetheit	201
e) Beschwerde	202
V. Verwertbarkeit von Verrechnungspreisdokumenten	202
1. Anwendungsbereich und Regelungsinhalt	203
2. Historie der Rechtsnormen	204
3. Im Wesentlichen unverwertbare Aufzeichnungen	206
4. Rechtsschutz	208
5. Praktische Bedeutung	208
VI. Steuerstrafrecht	210
1. Steuerhinterziehung nach § 370 AO – Verrechnungspreise	211
a) Objektiver Tatbestand	212
b) Subjektiver Tatbestand	213
c) Rechtsfolgen und Zwischenfazit	215
2. Gegenmaßnahmen/Berichtigung	216
a) Abgrenzung § 153 AO und § 371 AO	217
b) Alternative: Bußgeldbefreiende Selbstanzeige nach § 378 Abs. 3 AO	218
3. Schnittstelle zum Strafverfahren: Verdachtsschöpfung (§ 10 BpO)	218
a) Anlässe für die Einleitung von Strafverfahren	219
b) § 10 BpO	220
c) Nebeneinander von Besteuerungsverfahren und Steuerstrafverfahren	223
d) Rechte des Steuerpflichtigen	224
e) Rechte und Pflichten von Mitarbeitern und Dritten	225
f) Beweisverwertungsverbote	226
E. Einigung versus Nicht-Einigung	227
I. Überblick	227
II. Schlussbesprechung	228
1. Zweck	228
2. Durchführung	229
3. Relevanz für Festsetzungsverjährung	230
4. Inhalt	230
5. Praxishinweise	231
a) Vorbereitung	231
b) Durchführung	234
c) Nachbereitung	236
6. Strafrechtliche Aspekte in der Schlussbesprechung	236
III. Tatsächliche Verständigung	237
1. Einleitung	237
2. Rechtsgrundlage und Abgrenzung zur verbindlichen Auskunft/verbindlichen Zusage	238
3. Voraussetzungen	239
a) Zulässigkeit	239

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Nicht oder nur unter erschwerten Umständen ermittelbarer Sachverhalt	239
c) Zeitpunkt	240
4. Durchführung	240
5. Rechtsfolgen	241
6. Hinweis zu Verständigungs- und Schiedsverfahren	242
IV. Verbindliche Zusage	242
1. Einleitung und Bedeutung in der Verrechnungspreispraxis	242
2. Rechtliche Grundlagen und Zweck	243
3. Wesentliche Voraussetzungen (§ 204 AO)	244
4. Form und Inhalt (§ 205 AO)	245
5. Bindungswirkung (§ 206 AO)	245
6. Aufhebung oder Änderung (§ 207 AO)	246
F. Prüfungsbericht	247
I. Überblick	247
II. Sinn und Zweck	247
III. Rechtsqualität	248
IV. Rechtsschutz	249
V. Inhalt	249
VI. Praxishinweis: Stellungnahme zum Prüfungsbericht	250
G. Änderungsbescheide nach Betriebsprüfung	253
I. Überblick: Besteuerungsrichtigkeit versus Rechtssicherheit	253
II. Festsetzungs- und Feststellungsverjährung	253
1. Beginn	254
2. Dauer	254
3. Ende	255
a) Überblick	255
b) Betriebsprüfung	255
c) Rechtsbehelf	258
d) Vorläufige Steuerfestsetzung	258
III. Korrekturnormen	259
1. Überblick	259
2. Korrekturnormen innerhalb der AO	260
a) Vorbehalt der Nachprüfung (§ 164 AO)	260
b) Vorläufige Steuerfestsetzung (§ 165 AO)	262
c) § 172 AO	263
d) Neue Tatsachen (§ 173 AO)	264
e) Umsetzung von Verständigungsvereinbarungen oder Schiedssprüchen (§ 175a AO)	265
3. Korrekturnormen außerhalb der AO	266
IV. Vertrauensschutz (§ 176 AO)	266
V. Berichtigung materieller Fehler (§ 177 AO)	268
4. Teil: Nicht-Einigung: Fortsetzung des Konflikts nach der Betriebsprüfung	271
A. National: Einspruch und finanzgerichtliches Verfahren	273
I. Überblick	273
II. Einspruch	274
1. Zulässigkeit	274
a) Frist	274
b) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	276
c) Form	277
d) Weitere Zulässigkeitsvoraussetzungen	277
2. Begründetheit	278
3. Besondere Verfahrenssituationen	279
III. Antrag auf Aussetzung (Aufhebung) der Vollziehung	280
1. Zulässigkeit	280
2. Begründetheit	282
3. Sicherheitsleistung	284

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Erörterung des Sach- und Rechtsstandes	285
V. Abschluss des Einspruchsverfahrens, Vorbereitung des Klageverfahrens	286
VI. Klage	286
VII. Aussetzung (Aufhebung) der Vollziehung	288
VIII. Akteneinsicht, Klagebegründung, Erörterungstermin	288
1. Akteneinsicht	288
2. Klagebegründung	288
3. Erörterungstermin	289
IX. Mündliche Verhandlung, Urteil	290
X. Revision und Nichtzulassungsbeschwerde	290
1. Revision	291
2. Nichtzulassungsbeschwerde	291
B. International: Verständigungsverfahren	292
I. Überblick	292
II. Verständigungsverfahren nach Doppelbesteuerungsabkommen	292
1. Einleitung	292
2. Verfahrensgang	293
a) Abschluss der Betriebspflicht	293
b) Antrag auf Einleitung des Verständigungsverfahrens	294
c) Aussetzung der Vollziehung und Verzinsung	294
d) Quellensteuern	295
e) Verfahrensbegleitung	295
f) Durchführung des Verfahrens	296
g) Verständigung	296
h) Schiedsverfahren	296
i) Umsetzung der Verständigungsregelung	297
j) Verbindung von Verständigungsverfahren und APA	297
k) Verzicht auf ein Verständigungsverfahren bzw. Schiedsverfahren	297
3. BEPS Action 14 – Making Dispute Resolution Mechanisms More Effective	299
a) Mindeststandards	299
b) Best Practices	301
c) Rahmenwerk zur Begleitung und Überwachung	301
d) Verpflichtung zu verbindlichen Schiedsverfahren	301
III. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedskonvention und dem EU JTPF Code of Conduct	302
1. Einleitung	302
2. Verfahrensgang	303
a) Antrag	303
b) Antragsfrist	303
c) Verfahren im Einzelnen	304
3. Einzelfragen	305
a) Betriebsstättenfälle	305
b) Dreiecksfälle	305
IV. EU-Streitbeilegungsrichtlinie	307
1. Einleitung	307
2. Allgemeines	308
3. Verfahren im Einzelnen	308
a) Einleitung des Verfahrens mittels Beschwerde	308
b) Verständigungsverfahren nach Zulassung der Beschwerde	310
c) Zurückweisung der Beschwerde	311
d) Verhältnis zu anderen Verfahren	311
C. Schllichte Gegenberichtigung	312
I. Einführung	312
II. Rechtsgrundlagen	313
1. OECD	313
a) Anwendungsbereich und Voraussetzungen	313
b) Prozess der Einigung	315

Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Umsetzung	316
d) Aktuelle Entwicklung	317
2. EU	318
a) EU-Schiedskonvention	318
b) Aktuelle Entwicklung	318
3. Nationales Recht	319
a) Deutsche DBA Verhandlungspraxis	319
b) Self-executing Wirkung	320
c) Verfahrensrechtliche Aspekte	320
III. Praxishinweise und Ausblick	321
D. Sonderformen der Betriebsprüfung	322
I. Koordinierte steuerliche Außenprüfung	322
1. Hintergrund	323
2. Internationale und nationale Entwicklungen	324
3. Pilotprojekte	325
4. Definitionen und Rechtsgrundlagen für die Durchführung koordinierter steuerlicher Außenprüfungen	326
a) Definitionen	326
b) Rechtsgrundlagen	327
c) Grenzen der Informationsübermittlung	329
5. Durchführung einer koordinierten Außenprüfung	330
a) Verfahrensablauf (BMF Merkblatt vom 6.1.2017)	330
b) Empfehlungen von EU und OECD	334
6. Verfahrensrechtliche Lösungsansätze im Vergleich	336
II. Zusammenspiel mit APAs	338
III. ICAP: International Compliance Assurance Programme	339
1. Überblick	339
2. Interaktion mit koordinierten Außenprüfungen	339
3. ICAP 2.0	340
IV. Fazit	342
V. Zeitnahe Betriebsprüfung gem. § 4a BpO 2000	342
1. Ausgangslage	343
2. Regelungsinhalt	343
3. Praktische Bedeutung	345
4. Zusammenfassung	346
VI. Abgekürzte Außenprüfung	346
1. Hintergrund	346
2. Regelungsinhalt	347
3. Praktische Bedeutung	347
4. Zusammenfassung	348
5. Teil: Schnittstellen	349
A. Besteuerung von Internationalen Personengesellschaften	350
I. Überblick	350
II. Qualifikations- und Zurechnungskonflikte	350
III. Laufende Lieferungs- und Leistungsbeziehungen	353
IV. Sonderbetriebsbereich und Zuordnungsregeln des § 50d Abs. 10 EStG	355
V. Switch-over-Regelung des § 50d Abs. 9 EStG	358
VI. Weitere Einschränkungen der DBA-Freistellugsmethode	361
B. Quellensteuersachverhalte	363
I. Allgemeines	363
II. Abzugssteuer nach § 50a EStG	363
1. Grundlagen	363
2. Steuerklauseln und Freistellungs- bzw. Erstattungsverfahren	364
III. Verdeckte Gewinnausschüttungen	365
IV. Vorsorge	366

Inhaltsverzeichnis

	Seite
C. Zoll	367
I. Einleitung	367
II. Überblick Zoll(wert)recht	367
1. Grenzüberschreitender Warenverkehr	368
2. Berechnung der Zollschuld	368
a) Zollwertrecht: Die Bestimmung des Zollwertes	368
b) Methoden der Zollwertbestimmung	368
c) Zollsatz	370
III. Das Verhältnis von Zöllen und Verrechnungspreisen	370
1. Im Allgemeinen: Warenlieferungen	370
2. Im Besonderen: ... zwischen verbundenen Personen	370
IV. Verrechnungspreise als Grundlage für den Zollwert	371
1. Einführung	371
2. Anwendbarkeit der Transaktionswertmethode aufgrund von Verrechnungspreisen	371
3. Voraussetzung der Anwendbarkeit der Verrechnungspreise als Zollwert	372
4. Die einzelnen Verrechnungspreismethoden	373
5. Behandlung von Preisangepassungen	373
a) Unterjährige prospektive Anpassungen	373
b) Retrospektive Jahresendanpassungen	374
V. Verwendbarkeit einer Verrechnungspreisdokumentation für die Zollwertbestimmung	375
VI. Verfahrensrechtliche Besonderheiten bei der Auseinandersetzung mit der Zollverwaltung	376
1. Allgemeines	376
2. Zollrechtliche Behandlung von Verrechnungspreisen	376
a) Mögliche Maßnahmen zur rechtssicheren Anmeldung von Zollwerten	376
b) Verfahrensmäßige Abwicklung von Jahresendanpassungen	377
3. Die Zollprüfung	378
a) Allgemeines	378
b) Zeitlicher Umfang	379
c) Inhaltliche Auseinandersetzung	379
d) Ständiges Einwirken auf die Fassung des Prüfungsberichtes	380
e) Ggf. Stellungnahme zum Prüfungsbericht	381
4. Einspruch und finanzgerichtliche Klage	381
5. Strategie im Bußgeldverfahren	381
VII. Informationsaustausch zwischen Steuer- und Zollbehörden in ausgewählten Ländern	382
D. Immaterielle Werte	385
I. Überblick	385
II. Definitorische Abgrenzung	386
III. Zuordnung	387
IV. Propädeutik zur Wertermittlung	390
V. Plandaten	395
VI. Dokumentation	397
6. Teil: Österreich	401
I. Vor der Außenprüfung	404
1. Gesetzliche Grundlagen der Dokumentationspflicht	404
a) Allgemeine Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit Verrechnungspreisen	404
b) Steuererklärungen	405
c) Verrechnungspreisdokumentation	405
d) Finanzstrafrechtliche Aspekte im Zusammenhang mit der Verrechnungspreisdokumentation	410
e) Sonstige Rechtsfolgen einer mangelhaften Dokumentation	411
f) Aufbewahrungsfristen	412

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Die Bedeutung von Verträgen im Rahmen der Verrechnungspreisdokumentation	413
a) Die Bedeutung von Verträgen im innerstaatlichen Steuerrecht	413
b) Die Bedeutung von Verträgen im Rahmen der Verrechnungspreisanalyse	414
c) Sachgerechte Abgrenzung des Geschäftsvorfalls im Sinne der OECD – Schriftliche Verträge versus tatsächliches Verhalten der Beteiligten	414
d) Das Zusammenspiel aus Angehörigenjudikatur und der Relevanz des tatsächlichen Verhaltens im Sinne der OECD-VPG	415
3. Einigung vorab (APA, Auskunftsbescheid, Treu & Glauben)	416
a) Vorabverständigungsverfahren im Sinne des Art. 25 OECD-MA	416
b) Auskunftsbescheid gemäß § 118 BAO	419
c) Auskünfte basierend auf dem Grundsatz von Treu und Glauben	425
d) Grenzüberschreitender Informationsaustausch über grenzüberschreitende Vorbescheide und Vorabverständigungen über die Verrechnungspreisgestaltung	428
e) Treu und Glauben im Zusammenhang mit Amtshandlungen	428
4. Begleitende Kontrolle und Steuerkontrollsysteme	429
a) Allgemeines	429
b) Antragstellung und Anwendungsvoraussetzungen	430
c) Steuerkontrollsysteem	431
d) Begutachtung des Steuerkontrollsysteems	434
e) Rechte und Pflichten des Unternehmens während der begleitenden Kontrolle	435
f) Bedeutung eines Steuerkontrollsysteums für alle Abgabepflichtigen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Finanzstrafrecht	437
II. Einreichung der Steuererklärungen	438
1. Erklärungsfristen	438
2. Vertretbare Rechtsansicht	439
a) Allgemeines zur Offenlegung	439
b) Vertretbare Rechtsansicht iZm Verrechnungspreisen	440
III. Während der Außenprüfung	441
1. Außenprüfung	441
a) Einleitung	441
b) Ablauf der Außenprüfung	442
c) Prüfungsbericht	445
d) Wiederholungsprüfung	445
e) Allgemeine Rechte und Pflichten während der Außenprüfung	446
IV. Nach der Außenprüfung	451
1. Neue Bescheide	451
a) Verjährungsfristen	451
b) Aufhebung des Bescheides gemäß § 299 BAO	454
c) Wiederaufnahme eines bereits mittels Bescheid abgeschlossenen Verfahrens gemäß § 303 BAO	455
2. Beschwerdebeschwerde	457
a) Allgemeines	457
b) Einbringung der Beschwerde	458
c) Aufschiebende Wirkung	459
d) Inhalt der Beschwerde	460
e) Zurückweisung der Beschwerde	462
f) Beschwerdevorentscheidung	462
g) Vorlageantrag	463
h) Vorlage der Beschwerde	463
i) Verfahren vor dem Bundesfinanzgericht	463
j) Erkenntnisse und Beschlüsse des Bundesfinanzgerichts	464
k) Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof	465
3. Verständigungsverfahren iSd Art. 25 OECD-MA	465
a) Verständigungsverfahren	466

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Parteistellung und Rechte des Abgabepflichtigen	469
c) Verhältnis zu innerstaatlichen Rechtsmitteln	471
4. EU-Schiedsübereinkommen	472
a) Rechtsgrundlagen	473
b) Beantragung	473
c) Parteistellung und Rechte des Abgabepflichtigen	475
d) Verhältnis zu innerstaatlichen Rechtsmitteln	476
5. EU-Besteuerungsstreitbeilegungsgesetz (EU-BStB-G)	477
a) Rechtsgrundlagen	477
b) Beantragung	478
c) Parteistellung und Rechte des Abgabepflichtigen	479
d) Verhältnis zu innerstaatlichen Rechtsmitteln	481
6. Einfache Gegenberichtigung	482
7. Joint Tax Audits	485
V. Finanzstrafrechtliche Aspekte im Zusammenhang mit Verrechnungspreisdokumentation	488
1. Bedeutsame Strafvorschriften	488
2. Finanzvergehen im Zusammenhang mit der Verrechnungspreisdokumentation ..	490
3. Prüfung zur Sachverhaltsklärung	491
4. Würdigung des Prüfungsberichts	492
5. Proaktive Vermeidung finanzstrafrechtlicher Konsequenzen	494
a) Grundlagen	494
b) Rechtzeitigkeit einer Selbstanzeige	494
c) Mindestinhalt einer Selbstanzeige	496
d) Übermittlung der Selbstanzeige	496
7. Teil: Schweiz	497
A. Gesetzliche Grundlagen in der Schweiz	498
B. Verhinderung des Konflikts	499
I. Verbindliche Auskunft (Ruling)	499
1. Überblick	499
2. Rulingprozess in der Praxis	499
3. Austausch des Rulings	500
II. Advance Pricing Agreements	501
1. Überblick	501
2. APA-Verfahren	501
III. Umsetzung und Deklaration	503
C. Anbahnung & Austragung des Konflikts: Verfahren zur Verrechnungspreisaufrechnung	503
I. Zuständige Behörde	503
II. Mitwirkungspflichten/Steuerprüfung	503
III. Aufrechnungsanlässe	504
D. Streitschlichtung bei der Gewinnsteuer auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden	505
I. National: Einspruchs- und Gerichtsweg	505
1. Einspracheverfahren	506
2. Beschwerdeverfahren	506
a) Beschwerde ans Bundesgericht	507
b) Spezifisches nationales Rechtsverfahren	507
II. International: Verständigungsverfahren (MAP)	508
1. Überblick	508
2. MAP-Verfahren	509
a) Antrag	510
b) Prüfung des Falles durch das SIF	512
c) Konsultationen mit dem anderen Staat	513
d) Rückzug des Antrags	514
e) Entscheidung über die Forderung des Steuerpflichtigen	514
f) Schiedsgerichtsverfahren	514

Inhaltsverzeichnis

g) Auswirkungen auf die Steuerveranlagung	519
h) Auswirkung auf hängige inländische Verfahren	520
i) Auswirkungen des Aktionspunktes 14 der BEPS	520
3. Konsultationsverfahren	521
Stichwortregister	523

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG